



FORSCHUNGSBERICHTE Nr.72

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus:

Mediale Berichterstattung, Bevölkerungsmeinung und
deren Wechselwirkung mit fremdenfeindlichen Gewalttaten,
1991 - 1997

Thomas Ohlemacher

1998

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)
Lützerodestraße 9 ■ 30161 Hannover
Tel.: 0511/34836-0 ■ Fax: 0511/34836-10
<http://sun1.rrzn.uni-hannover.de/n5x5link.de>
e-mail: ohlemacher@kfn.uni-hannover.de

Zusammenfassung

In dem nachfolgenden Beitrag soll anhand empirischen Materials die Wechselwirkung zwischen massenmedial veröffentlichter Meinung, Bevölkerungsmeinung und fremdenfeindlichen Gewalttaten im Deutschland der neunziger Jahre näher beleuchtet werden. Dies geschieht in drei Schritten: In *Schritt 1* werden Brandstiftungen, die gegen Fremde in der Bundesrepublik gerichtet waren und über die massenmedial prominent berichtet wurde, in ihrer unterschiedlichen Wirkung auf sogenannte Nachahmungstaten unterschieden. *Schritt 2* dient zur systematischen Differenzierung von öffentlicher Meinung in veröffentlichte Meinung und Bevölkerungsmeinung. Bevölkerungsmeinung wird dabei als spezifische Aggregation von Meinungsäußerungen aus „kleinen Öffentlichkeiten“ interpretiert. Auf der Basis dieser zwei Schritte wird abschließend in *Schritt 3* das Wechselspiel von öffentlicher Meinung und Gewalttaten beschrieben. Hierzu werden neben den oben erwähnten Brandstiftungen weitere potentiell mobilisierungsförderliche (bzw. -hinderliche) Ereignisse herangezogen und in ihrer (Nicht-)Wirkung zu erklären versucht. Darüber hinaus wird aus Bevölkerungsumfragen eine Zeitreihe zur Selbst-Einschätzung auf einer Rechts-Links-Skala dargestellt und in ihren verschiedenen Trends zu deuten versucht. In der abschließenden Diskussion wird neuerlich der Stellenwert von Bevölkerungsumfragen differenzierend dargestellt.

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus:
Mediale Berichterstattung, Bevölkerungsmeinung
und deren Wechselwirkung mit fremdenfeindlichen Gewalttaten
1991 - 1997 ¹

1. Medien und fremdenfeindliche Gewalt zu Beginn der neunziger Jahre:
Befunde der Forschung

Die Bundesrepublik Deutschland hat zu Beginn der neunziger Jahre eine Welle der Gewalt gegen Fremde erlebt. Seit dem Jahr 1994 bewegen sich die Gewalttaten jedoch auf einem deutlich niedrigeren Niveau - so die Zählungen des Bundeskriminalamts in den Lagebildern „Fremdenfeindliche Taten“, die seit dem Jahr 1991 erscheinen. Für das Jahr 1997 ist allerdings ein leichter Anstieg zu verzeichnen: So erhöhte sich die Zahl von Brandanschlägen und Angriffen gegen Personen von 262 im Jahre 1996 auf 322 im Jahre 1997² (vgl. Abbildung 1). Mitteilungen insbesondere der Verfassungsschutz- und Landeskriminalämter der Länder für die ersten Quartale des Jahres 1998 sprechen von einem neuerlichen Anstieg - dies mit der prominenten Ausnahme des Landes Brandenburg und der dort tätigen besonderen polizeilichen Einsatzkräfte.

Die gewaltförmigen Straftaten trafen zu Beginn der neunziger Jahre vor allem Asylbewerber, aber auch schon länger in der Bundesrepublik lebende Ausländer. „Brandanschläge“, „Asylbewerberheime“ und „Lichterketten“ sind Begriffe, die wir als Schlüsselworte mit diesen Jahren verbinden. Aber was hat sich von diesen Ereignissen tatsächlich in unserer Erinnerung konkret und eindeutig abgelagert? Was wissen wir noch, was können wir noch unterscheiden?

¹ Dieser Forschungsbericht beruht auf einem Vortrag auf der interdisziplinären Tagung „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ vom 22.-25.10.1998 an der Universität Greifswald. Ich danke Jörg Jerusel für die Mithilfe bei der Materialrecherche sowie Theresia Höyneck und Alexander Gluba für hilfreiche Kommentare zu einer früheren Fassung.

² Der Anstieg ist hierbei zum größeren Teil auf eine Steigerung in den neuen Bundesländern zurückzuführen (Ostdeutschland: 1996:107/ 1997:144; Westdeutschland 1996:126/ 1997:139; Berlin: 1996: 29/ 1997: 39).

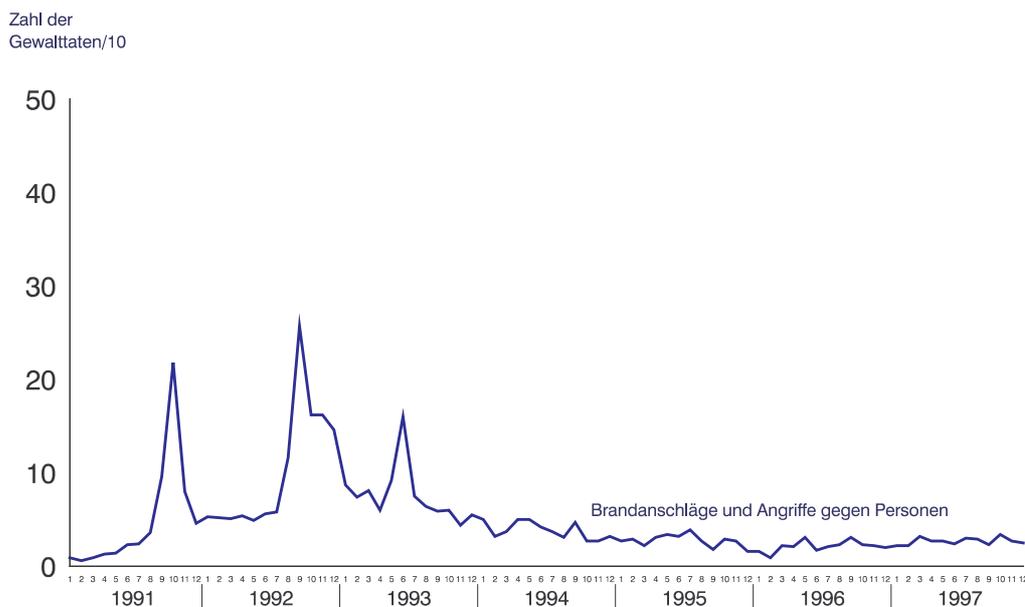


Abbildung 1

Wenn wir an diese Jahre zurückdenken, so sind uns vor allem die Namen und Geschehnisse verbunden mit den Orten Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen in Erinnerung. Uns kommen Bilder in den Sinn von brennenden mehrstöckigen Hochhäusern, Straßenschlachten in seltsamer gelblicher Beleuchtung, einzeln stehende, nach einem Brand verkohlte kleinere Häuser. Wir denken vielleicht an Asylbewerber, die mit Bussen abtransportiert werden, durch eine schreiende und beifallklatschende Gruppe von Menschen hindurch, die diese Verlegung der Asylbewerber in ein anderes Heim begrüßen. Oder spielt uns unsere Erinnerung schon hier einen Streich - und wurden die Asylbewerber gar nicht durch eine schreiende Menschenmenge hindurch abtransportiert, geschah es vielleicht in aller Stille? Aber wir sind uns der Richtigkeit anderer Erinnerungen sicher: Ein Journalistenteam des ZDF war eingeschlossen und entkam dem Tod in den Flammen nur knapp. Aber: War das nun in Hoyerswerda oder geschah dies in Rostock? Mölln und Solingen, Mölln oder Solingen: Auch diese Orte verwischen in unserer Erinnerung. Wer weiß noch zu sagen, wie viele Menschen umkamen in den Flammen? Wo welche Täter zunächst verdächtigt, dann aber entlastet wurden? Welches Bild einer Brandruine gehört zu welchem Ort?

Unsere Erinnerung scheint uns im Stich zu lassen. Wir wissen nicht mehr genau zu sagen, welche Bilder in unserer Erinnerung welchem Ereignis zuzuordnen sind. Wir können nun Zuflucht nehmen und eine Entschuldigung suchen in der dauerhaften

Reizüberflutung durch die Medien. Die Medien lieferten uns in diesen Tagen zu Beginn der neunziger Jahre beständig Bilder aus und von den Orten des Schreckens. An dieser Stelle könnte nun ein Versuch plaziert werden, die einzelnen Ereignisse penibel zu rekonstruieren: Von wann bis wann, wer waren die Opfer, wer waren die Täter. Ich denke jedoch, daß dies zunächst nicht angebracht ist. Dies würde eine Scheinexaktheit per Rekonstruktion simulieren, die dem ersten Auftreten in der medialen Berichterstattung, dem unmittelbaren Auftreffen auf individuelle und kollektive Verfaßtheiten und eben dem Prozeß der Ablagerung in unserer Erinnerung nicht entsprechen dürfte - und von daher auch die unmittelbaren und mittelbaren Reaktionen nicht bestimmt hat. Es soll an dieser Stelle genügen, sich der entscheidenden Unterschiede zwischen den Ereignissen zu vergewissern.

Hoyerswerda und Rostock waren Ausschreitungen gegen Asylbewerberheime, die zum Ziel hatten, die Unterbringung von Asylbewerbern in den jeweiligen Orten zu verhindern. Die Ausschreitungen zogen sich über mehrere Tage hin, Fernsehteams reisten an, die Berichterstattung schwoll an³ und erreichte Formen und Umstände, wie sie bislang noch nicht beschrieben worden waren: In diesen Kontext gehört die drohende Einschließung eines Kamerateams, aber auch die Behauptung, daß Journalisten Gewalthandlungen von Jugendlichen für Geld haben „nachspielen“ lassen. *Möln und Solingen* waren Anschläge gegen Wohnhäuser schon länger in Deutschland lebender Ausländer. Diese Anschläge geschahen in der Nacht. Menschen kamen zu Tode, es waren die ersten Morde im Rahmen von Brandanschlägen, über die prominent berichtet wurde.

Von Hoyerswerda und Rostock, so eine der ersten Beobachtungen, scheint ein Nachahmungseffekt ausgegangen zu sein. Nach diesen Taten häufen sich die Gewalttaten gegen Fremde (vgl. Abbildung 2). Interessanterweise gilt dies nicht für den Anschlag von Möln und nur eingeschränkt für den Anschlag von Solingen: Nach Möln ist lediglich ein Stagnieren des Abfalls der Gewaltkurve zu beobachten, nach Solingen gibt es einen erneuten, jedoch im Vergleich zu Hoyerswerda und Rostock gedämpft(er) ausfallenden Anstieg. Dieser deskriptive Befund hat in Folge der Anschläge zur Formulierung einer These geführt, die diese besonders „kritischen Ereignisse“

³ für den quantitativen Nachweis Weiß et al. 1995: 78, Brosius/Esser 1995: 125f., Koopmans/Rucht 1996: 283.

bzw. „Schlüsselereignisse“ als Verursacher oder Auslöser von weiteren Gewalttaten diskutiert (vgl. zusammenfassend Brosius/Esser 1995: 77ff.). Hiernach kommt nach übereinstimmender Meinung aller an diesem sozialwissenschaftlichen Diskurs beteiligten Personen den Massenmedien eine Schlüsselrolle zu.

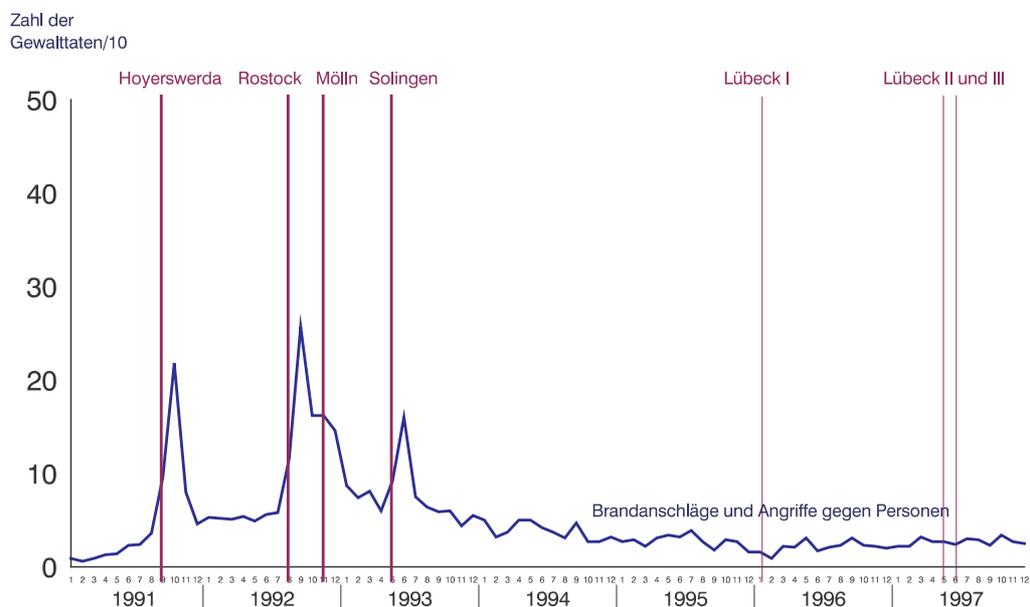


Abbildung 2

Befunde der Forschung

Massenmedien sind für die allermeisten von uns das Kommunikationsmedium, durch das sie von diesen Ereignissen erfahren haben. Unmittelbare Beteiligung oder der Kontakt mit Augenzeugen war wohl nur äußerst selten. Was wir über solche räumlich weit entfernten Ereignisse wissen, wissen wir durch die Massenmedien. Die Massenmedien reagieren auf Ereignisse der beschriebenen Art durch Berichterstattung. Der Neuigkeitswert des aktuell Neu(artig)en scheint dabei eine Möglichkeit zu sein, die einem Ereignis den Weg in die Medien bahnen kann. Medien tendieren aber auch dazu, nachfolgende Ereignisse auf die zuvor geschehenen zu beziehen. Niklas Luhmann nennt das in einer seiner jüngeren Veröffentlichungen das Wechselspiel von „Aktualität“ und „Rekursivität“. Er formuliert: „Das Erfordernis der Rekursivität führt dazu, daß in späteren Meldungen auf die Ereignisse Bezug genommen wird, sei es, daß ihnen eine typische Bedeutung beigelegt wird; sei es, daß sie in einen narrativen Kontext

eingewoben werden, der weitererzählt werden kann. Zuweilen geben gemeldete Vorfälle einen Anlaß, ähnliche Ereignisse zu melden und dann ‘Serien’ von Ereignissen zu errichten.“ (Luhmann 1996: 68). An dieser Stelle ist es nach Luhmann nicht die entscheidende Frage, ob die Berichterstattung der Massenmedien exakt, valide und richtig ist: „Es hat (...) wenig Sinn, zu fragen, ob und wie die Massenmedien eine vorhandene Realität *verzerrt* wiedergeben; sie *erzeugen* eine Beschreibung der Realität, eine Weltkonstruktion, und das ist die Realität, an der die Gesellschaft sich orientiert.“ (Luhmann 1997: 1102) Die entscheidende Frage, der sich Forschung von daher widmen sollte, ist nicht die der Einlösung eines journalistischen Ethos mit Blick auf eine valide Abbildung „der Realität“. Um was es gehen sollte, ist vielmehr die Perspektive der Wirkungsforschung: Wie wirken die Medien im Rahmen zum Teil selbst errichteter spezifischer Ereigniskontexte?

Die Wirkung der Massenmedien wird im zeitlichen Zusammenhang mit den (erst durch die Medien zu diesen avancierten) „Schlüsselereignissen“ unterschiedlich bewertet. Die Bewertung changiert zwischen „Brandstiftung“ (Jäger 1997) bzw. „Stichflammenjournalismus“ (zit. nach Brosius/Esser 1996: 216), einer „suggestiv-ansteckenden Kraft“ bis hin zu einer „unspezifischen“ Ansteckungswirkung (Brosius/Esser 1995: 196) - die (mit-)verursachende Wirkung der Massenmedien wird in fast allen einschlägigen Publikationen hervorgehoben (vgl. zusammenfassend Weiß 1994).

In Folge dieser Befunde werden Forderungen an die Medien erhoben. Nur selten wird darauf verwiesen, daß es sich bei den festgestellten Koinzidenzen von Ereignissen und anschwellender Berichterstattung nicht nur um ein „reflexartige Reaktion des gesamten Mediensystems“ (Brosius/Esser 1995:196), sondern vielleicht sogar um den „Normalfall“ dessen handelt, was beispielsweise fernsehjournalistisch unter den heute bestehenden Rahmenbedingungen möglich ist (Weiß et al. 1995: 197). Man sollte - diesem Hinweis folgend - die demokratietheoretisch bzw. unter einer Perspektive der politischen Kultur notwendige und mögliche Diskussionen um die institutionelle Verfasstheit der Medien bzw. um einen journalistischen Verhaltenskodex ein wenig zurückstellen, um sich einer differenzierteren Diskussion des aktuell Wirksamen zu widmen.

Als relativ gesichert kann nach einem Durchgang durch die Literatur angesehen werden, daß die zuvor genannten Ereignisse mit einem sprunghaften Anstieg der Berichterstattung einhergingen (für die Fernsehberichterstattung Weiß et al. 1995: 78, Brosius/Esser 1996: 206; für die Qualitätszeitungen Brosius/Esser 1995: 124ff, Koopmans/Rucht 1996: 283; für den Boulevardbereich in Ansätzen Ohlemacher 1996, Brosius/Esser 1995: 160ff). Es kann jedoch - dies ist ein weiteres Ergebnis - nicht von einem einfachen Reiz-Reaktions-Schema linearer Art ausgegangen werden (etwa im Sinne: je mehr Berichterstattung in den Medien zu Gewalt, desto mehr Gewalt auf der Straße). Der Zusammenhang scheint sich komplexer darzustellen.

Einen ersten strukturierenden Hinweis geben Brosius und Esser (1995: 197), wenn sie anhand der vier oben vorgestellten Schlüsselereignisse eine Einteilung in zwei Phasen vorschlagen. Nach ihren Analysen markieren Hoyerswerda und Rostock die erste Phase, während Mölln und Solingen in einer zweiten Phase zu verorten sind. In der ersten Phase finden sich „Ansteckungseffekte“ durch eine „ereignishafte Berichterstattung“, die Berichterstattung nach den Anschlägen von Mölln und Solingen jedoch war eine andere und hat zu geringeren Nachahmungs- bzw. Ansteckungseffekten geführt.⁴ Die Autoren führen dies auf die unterschiedliche Qualität der Ereignisse zurück: Mölln war der erste Mord, zumal an länger in der Bundesrepublik lebenden Ausländern und es waren auch Kinder unter den ermordeten Personen (vgl. hierzu Ohlemacher 1994: 229). Die Berichterstattung wandelte sich nach Mölln von einer eher ereignisorientierten zu einer stärker die Hintergründe der Tat ausleuchtenden. Auch veränderte sich die Kommentierung der Taten weg von einer Ambivalenz (zwischen Verständnis und Verurteilung wechselnd) hin zu einer entschiedenen Ablehnung. So finden sich etwa bei der BILD-Zeitung vor Mölln eine Reihe von Berichten und Kommentaren, die zwischen Ablehnung der Taten und Verständnis für die Motive changieren. Nach Mölln weicht diese Ambivalenz einer eindeutigen Distanzierung (vgl. Ohlemacher 1996).

Koopmans (1996 b) hingegen schlägt alternativ eine Unterteilung in eine Phase *bis* Hoyerswerda und eine Phase *nach* Hoyerswerda vor. Auf Basis von inhaltsanalytisch

⁴ Brosius und Esser (1995, 1996) argumentieren zumeist auf der Ebene von fremdenfeindlichen Straftaten *insgesamt* - und vermuten von daher aufgrund der Aggregatbefunde auch eine Ansteckungswirkung nach Mölln und Solingen.

gewonnenen Daten aus der Frankfurter Rundschau und Regressionsanalysen mit Zeitverschiebungen kann er auf der Makro- bzw. Aggregatebene für die Phase bis Hoyerswerda starke Einflüsse der Asyldebatte (hier: Anzahl der restriktiven Äusserungen zu Asylgesetzänderungen) auf die Zahl der Gewalttaten feststellen. In der Phase nach Hoyerswerda lassen sich lediglich umgekehrte Effekte der Zahl der Gewalttaten auf den Umfang der massenmedial transportierten restriktiven Äusserungen feststellen (185ff.). Für Koopmans läßt sich aus diesen und weiteren Befunden für Phase 1 ein sogenanntes Top-Down-Modell der Mobilisierung fremdenfeindlicher Gewalt und für Phase 2 ein sogenanntes Bottom-Up-Modell der Mobilisierung konstatieren: Während es in Phase 1, in der die Mobilisierung latent bleibt, noch einer Konstruktion des sozialen Problems durch Teile der Eliten qua massenmedialen Diskurs bedarf, ist es nach dem Manifestwerden der Mobilisierung, gleichsam der Etablierung des Themas (Hoyerswerda!), die Gewalt „von unten“, welche in Phase 2 die Debatte anheizt und steuert sowie nachfolgend auch die asylpolitischen Entscheidungen bestimmt (190).

Zu der (Mikro-)Wirkungsweise der Berichterstattung auf gewaltbereite Personen haben insbesondere Lüdemann und Erzberger (1994) ein instruktives Schwellenwert-Modell vorgelegt, mit dem sie die strukturell identische, in ihrem Höhepunkt um 2 Wochen verzögerte Nachwirkung von Rostock und Hoyerswerda bzw. die Nicht-Wirkung von Mölln und Solingen erklären wollen. Mit „Schwellenwert“ bezeichnen sie die individuell unterschiedliche Zahl der Personen, die sich an gewalttätigen Protesten beteiligen müssen, so daß diese Beteiligung wiederum andere Personen zu einer eigenen Beteiligung bewegen („anstecken“) kann. Lüdemann und Erzberger gehen davon aus, daß in der Bevölkerung eine Art Normalverteilung der je individuellen Schwellenwerte vorliegt. Hierdurch läßt sich ihrer Ansicht nach erklären, wieso es erst mit einiger zeitlicher Verzögerung zu einem Höhepunkt der quantitativen Nachahmung kommt: Erst wenn der mittlere Teil der Normalverteilung erreicht ist, kommen zahlenmäßig bedeutsam neu „Mobilisierte“ zu den bereits Gewalt ausübenden Personen hinzu.

Lüdemann und Erzberger vergleichen die nach Hoyerswerda und Rostock erfolgte starke Mobilisierung mit der nach Mölln und Solingen nur mäßig erfolgten Mobilisierung und kommen im Rahmen ihrer am Rational Choice-Ansatz orientierten Überle-

gungen zu Kosten und Nutzenerwägungen der potentiell Gewalttätigen zu folgenden Differenzierungen (184ff.):

1. Die subjektive Wahrscheinlichkeit einer Gegenreaktion der angegriffenen Opfer dürfte nach Mölln und Solingen von den potentiellen Gewalttätern als höher eingeschätzt worden sein.
2. Die zögerliche und widersprüchliche Haltung bzw. Handlungsweise der Polizei in Rostock und Hoyerswerda könnte die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit verringert haben, für Straftaten in diesem zeitlichen Umfeld verfolgt und festgenommen zu werden.
3. Die Wahrnehmung einer Unterstützung durch bereits handelnde Personen und durch ebenfalls anwesende Unterstützer („Bystanders“) dürfte sich in Rostock und Hoyerswerda bei den zur Handlung bereiten Personen bzw. den tatsächlich Handelnden zu einem Gefühl der „kollektiven Bedeutsamkeit“ verdichtet haben.
4. Eine besondere Rolle im Rahmen der unterstützenden Wirkung der Massenmedien für die Gruppe der vor Ort anwesenden Personen kommt lt. Lüdemann und Erzberger der Präsenz von Medienvertretern zu. Sie sprechen hier von der sichtbar eröffneten Möglichkeit zur medialen Selbstdarstellung (im Sinne eines mobilisierenden Effektes vor Ort).
5. Die massenmedial transportierten „Erfolge“ der Ausschreitungen von Rostock und Hoyerswerda dürften den entscheidenden Beitrag geliefert haben, so daß sich viele potentielle Gewalttäter zu Nachahmungstaten entschieden: „Die Massenmedien vermitteln damit faktisch ‘erfolgreiche’ Handlungsmodelle kollektiver Gewalt“ (185; etwa im Sinne eines überregional wirksamen mobilisierenden Effektes).

Insgesamt dürfte insbesondere die Art des Ereignisses, die je unterschiedliche Situation vor Ort, aber vor allem die mediale Präsenz und Berichterstattung zu den unterschiedlichen Effekten dieser beiden Paare von Schlüsselereignissen geführt haben. In Hoyerswerda waren die Medienvertreter an einigen Tagen vor Ort, sie waren Teil des Geschehens und konnten Aufmerksamkeitsprämien direkt anbieten und umsetzen. Der „Erfolg“ der vor Ort handelnden Personen wurde transportiert und hat auf diese Art neue Taten ausgelöst. Mölln und Solingen geschahen in der Nacht, Menschen kamen zu Tode - die Medien wandten sich wie die weitere Öffentlichkeit empört ab, eher Verachtung denn interessierte Aufmerksamkeit wurde transportiert. Nicht alleine Aufmerksamkeit, sondern die *Art* der medialen Aufmerksamkeit scheint somit von Bedeutung zu sein.

Daß allein gehäufte massenmediale Berichterstattung über fremdenfeindliche Gewalt in der Tat nicht genügt, zu einem „Schlüsselereignis“ für nachfolgende Taten gleicher Art zu werden, dafür spricht ein erneuter Blick auf Abbildung 2. In dieser Abbildung sind für die Jahre 1996 bzw. 1997 mehrere Ereignisse eingetragen, die ähnlich wie die vier zentralen Ereignisse der frühen neunziger Jahre eine breite Medienberichterstattung nach sich gezogen haben. Es handelt sich hierbei um die Brandstiftung in einer Asylberwerberunterkunft in Lübeck mit 10 Toten und 38 Verletzten im Januar 1996

und um die Anschläge auf Lübecker Kirchen bzw. kirchliche Gebäude sowie eine Obdachlosenunterkunft in den Monaten Mai/Juni 1997. Zuvor haben in derselben Stadt in den Jahren 1994 und 1995 zwei Anschläge auf die Synagoge und ein jüdisches Gebetshaus stattgefunden. Die Brandstiftung in der Asylbewerberunterkunft aus dem Jahre 1996 ist - so das Ergebnis der gerichtlichen Klärung - mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht auf externe Einwirkung zurückzuführen, mit großer Wahrscheinlichkeit geht sie auf einen im Haus gelegten Brand zurück. Einer der Hausbewohner, der der Tat beschuldigt und auch angeklagt war, wurde im Juni 1997 freigesprochen. Die unmittelbar dem Ereignis nachfolgende Berichterstattung über dieses Ereignis ließ diese Frage jedoch zunächst offen, so daß auch eine fremdenfeindliche Motivation der Tat möglich erschien (so waren beispielsweise vier Männer aus dem benachbarten Grevesmühlen der Tat verdächtig - und sind es neuerlich nach dem Freispruch 1997 und insbesondere nach dem allerdings inzwischen widerrufenen Geständnis eines der Tatverdächtigen aus dem Jahr 1998). Die große Zahl der Toten jedoch dürfte auch hier, ähnlich wie in den Fällen Mölln und Solingen, von Nachahmungstaten abgeschreckt haben. Die Anschläge auf kirchliche Einrichtungen dürften zudem durch ihren Angriff auf den Besitz einer hochlegitimierten Organisation (Kirche) ebenfalls in ihrer Gewalt mobilisierenden Reichweite beschränkt gewesen sein.

2. Öffentliche Meinung: Veröffentliche Meinung und Bevölkerungsmeinung

Ich habe in einer anderen Studie (Ohlemacher 1994) versucht, neben der massenmedialen Berichterstattung einen zweiten erklärenden Faktor systematisch ins Spiel zu bringen: die *Bevölkerungsmeinung*. Bevölkerungsmeinung sehe ich dabei als einen Teil der öffentlichen Meinung, während die oben diskutierten massenmedialen Darstellungen - ebenfalls als Teil der öffentlichen Meinung - als *veröffentlichte Meinung* bezeichnet werden können (vgl. Ohlemacher 1994: 227). Die von Lüdemann/Erzberger genannten Aspekte der massenmedialen Bewertung der Ereignisse in direkten Kommentaren, durch die Wiedergabe von Kommentaren von Anwesenden oder von kommentierenden Dritten (z.B. Politikern) würde ich als veröffentlichte

Meinung fassen. Ein weiterer, für die Mobilisierung entscheidender Teil dürfte jedoch in der Bevölkerungsmeinung zu sehen sein, der in Form eines Meinungsklimas (etwa im Sinne von Noelle-Neumann) unsere Wahrnehmungen und Handlungsentscheidungen beeinflusst. Eine interessante Überschneidung zwischen diesen beiden Bereichen findet sich in der *veröffentlichten Bevölkerungsmeinung* - dann nämlich, wenn die Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen massenmedial verbreitet werden. Prominente Beispiele sind die neuerdings üblichen monatlichen Sendungen von ZDF oder n-tv in Kooperation mit namhaften Umfrage- und Wahlforschungsinstituten.

In der erwähnten Untersuchung habe ich darauf hingewiesen, daß sich in dem Zeitintervall um die vier kritischen Ereignisse eine interessante Korrelation zwischen ausländerkritischer Meinung und Gewalttaten gegen Ausländer ergibt. Sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern ist eine positive lineare Assoziation zwischen der in Bevölkerungsumfragen genannten ausländerkritischen Meinungen (hier zur Frage des wahrgenommenen Asylmißbrauchs: „Glauben Sie, daß die meisten Asylbewerber das deutsche Asylrecht mißbrauchen, oder glauben Sie dies nicht?“) und der Zahl der Gewalttaten festzustellen. Sucht man nach einer möglichen Erklärungsrichtung⁵, so erweist sich bei dementsprechend zeitverzögerten Analysen die Bevölkerungsmeinung als die erklärungskräftigere Variable. Diese Differenz kann m.E. durch den oben beschriebenen Mölln-Effekt erklärt werden: Nach Mölln verringert sich der Anteil der ausländerkritischen Stimmen, anders noch als nach Rostock und Hoyerswerda. Der Mord von Mölln hat zu einer Art „Zurückschrecken“ der öffentlich geäußerten Ausländerkritik geführt.

Zur Genese der „Bevölkerungsmeinung“: Erhoben in „kleinen Öffentlichkeiten“ ?

⁵ Es macht durchaus Sinn, in beide Richtungen zu suchen: Eine sich steigernde ausländerkritische Bevölkerungsmeinung kann (etwa im Sinne des legitimierenden Bystander-Effekt nach Lüdemann/Erzberger, vgl. oben) die Gewalttaten beeinflussen, aber auch die Zahl der Gewalttaten kann dazu führen, daß im Sinne der sozialen Erwünschtheit ausländerkritische Meinungen in einer Interviewsituation vom Zustand einer latenten Meinung zu einer manifesten Meinungsäußerung „mutieren“.

Der besondere Wert von Umfragedaten über Zeit liegt meines Erachtens nicht darin, daß tatsächliche Meinungsänderungen abgefragt werden. Es handelt sich vielmehr um die „öffentliche Artikulationsfähigkeit“, gleichsam die „Opportunität“ einer potentiell eine Mobilisierung unterstützenden Meinung. In dieser Hinsicht kann man nicht-anonyme Interviewsituationen durchaus als „kleine Öffentlichkeiten“ verstehen: Was traue ich mich, einer mir unbekanntem Personen mitzuteilen? Die Äusserung einer potentiell „riskanten“ Meinung dürfte letztlich als das Ergebnis einer Radarmessung angesehen werden: Je mehr ähnlich Denkende und Handelnde ich insgesamt wahrnehme, umso höher die Wahrscheinlichkeit, daß ich bei der interviewenden Person im direkten persönlichen oder auch telefonischen Interview, nicht auf Ablehnung zu stoßen glaube, sei es nur im Mienenspiel, einer Geste oder einem Räuspern. *Bevölkerungsumfragen messen von daher nicht so sehr eine tatsächliche Meinungsänderung, sondern eher die Verschiebung der sozialen Akzeptanz einer Meinungsäußerung.*

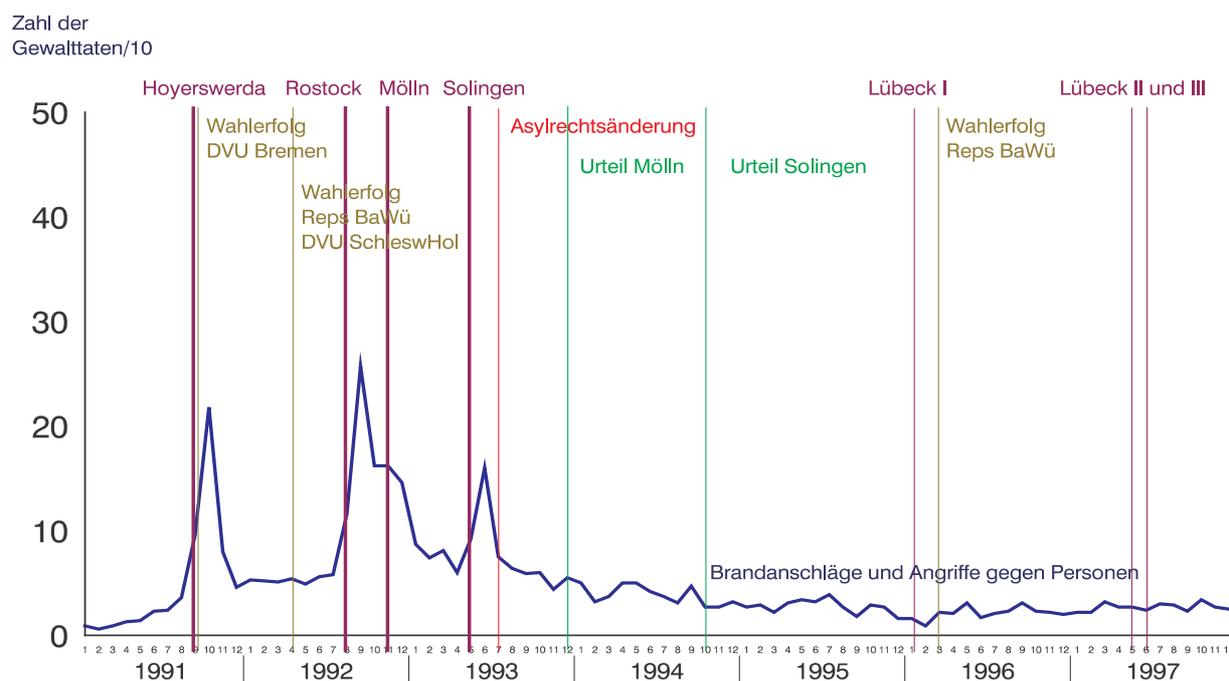
3. Zum Wechselspiel von öffentlicher Meinung, Schlüsselereignissen und Gewalttaten

Ich möchte im folgenden versuchen, dieses Zusammenspiel von Ereignissen im öffentlichen Raum, von öffentlicher Meinung (speziell veröffentlichter Meinung und Bevölkerungsmeinung) an weiteren Ereignissen und Materialien zu untersuchen. Zu diesem Zweck soll zunächst nach weiteren (potentiell) kritischen Ereignissen gesucht werden, um diese in ihrer Wirkung bzw. Nicht-Wirkung zu bewerten. Wie Abbildung 3 zeigt, gibt es eine Reihe von Ereignissen, die durchaus die Qualität gewaltmobilisierender Ereignisse hätten haben können.

„Schlüsselereignisse“: How come?

Zunächst sollen Wahlerfolge von rechten Parteien auf Landesebene berücksichtigt werden. Bei einem derartigen Ereignis kann von einer bundesweiten massenmedialen Aufmerksamkeit ausgegangen werden. Die These wäre, daß ein rechter Wahlerfolg die

Legitimationsbasis für Übergriffe gegen Ausländer bilden könnte. Zu Wahlerfolgen dieser Art können gezählt werden: die Ergebnisse der DVU in Bremen im Jahre 1991 (6,6%), in Schleswig-Holstein im Jahre 1992 (6,4%) und der Einzug der Republikaner in den Landtag von Baden-Württemberg in den Jahren 1992 (10,9%) und 1996 (9,1%). Für den Wahlerfolg der DVU in Bremen 1991 ist aufgrund der Zeitgleichheit (September 1991) mit den Ereignissen von Hoyerswerda eine genaue Effektbestimmung nicht möglich. Für die anderen Wahltermine kann jedoch eine protestmobilisierende Wirkung nicht festgestellt werden. Diese Nicht-Wirkung kann u.U. mit Hilfe eines Vergleichs auf europäischer Ebene erhärtete These von Koopmans (1996a) erklärt werden, wonach der Wahlerfolg rechter Gruppierungen u.a. sogar als funktionales Äquivalent für eine Gewalt auf der Straße dienen kann.



Umgekehrt focieren die Urteile gegen die Täter von Mölln und Solingen, wie auch zuvor die Lichterketten im Herbst/Winter 1992, durchaus den Abwärtstrend der Gewalttaten. „Schlüsselereignisse“, die ein signifikantes Abnehmen der Gewalttaten bewirken, sind jedoch auch sie nicht. Eine große Bedeutung für den anhaltend negativen Trend der Gewalttaten gegen Fremde von 1993 bis 1996 dürfte jedoch die Änderung der Asylgesetzgebung am 26.05.1993 (in Kraft getreten am 01.07.1993) gehabt haben.

Die drastische Beschränkung der Asylberechtigung hat den Gewalttaten viel an Legitimation entzogen und dürfte den Tätern viele potentielle Opfer vorenthalten haben (für einen statistischen Beleg der mildernden Wirkung von restriktiven asylpolitischen Entscheidungen auf die Gewalttaten gegen Ausländer vgl. Koopmans 1996b: 184). Die zuvor geführte Asyldebatte wird in diesem Kontext vielfach als eine Auseinandersetzung gedeutet, die potentiellen Gewalttätern eine Vielzahl an Legitimationsmustern für Übergriffe gegen Ausländer zur Verfügung stellte. Mit der Änderung der gesetzlichen Grundlage wurde insbesondere dem Deutungsmuster „Die Politiker tun nichts, wir müssen die Sache selbst in die Hand nehmen“ der Boden unter den Füßen entzogen (vgl. hierzu auch Koopmans/Rucht 1996: 287).

Zusammenfassend kann man folglich davon sprechen, daß Schlüsselereignisse (im Sinne von Nachfolgetaten nach sich ziehenden Ereignissen bzw. diese drastisch reduzierenden Ereignissen) nur dann entstehen können, wenn es einen Kontext gibt, der die basalen Eigenschaften eines mobilisierenden Ereignisses (d.h. Gewaltförmigkeit und Erfolg) einbettet in einen legitimierenden Diskurs.⁶ Dieser Diskurs wird von den Medien gleichsam als „Hintergrund-Rauschen“ zur Verfügung gestellt. Fehlt es jedoch an dieser legitimatorischen Grundlage, können ähnliche Ereignisse nicht zu Schlüsselereignissen werden. Es braucht offenbar eine Grundstimmung, die basal über Medien mitgeteilt und verbreitet wird, im Rahmen derer dann Initialzündungen wirken können.

Bevölkerungsmeinung und Gewalt

In einem weiteren Schritt soll die mutmaßliche Wechselwirkung zwischen öffentlicher Meinung und Gewalttaten gegenüber Fremden weiter ausdifferenziert werden. Bereits weiter oben war von einem kleinen Projekt die Rede, welches die Wechselwirkung von Bevölkerungsmeinung und Gewalttaten untersucht hat. Die für die frühen neunziger Jahre benutzte Frage des wahrgenommenen Asylmißbrauchs (vgl. oben) konnte für weitergehende Analysen leider nicht mehr berücksichtigt werden, da diese Frage in

⁶ Man kann Anheier/Neidhardt und Vortkamp (1998) folgen und dies in Anlehnung an Gamson „Potenzmuster“ („agency frames“) auf der Basis von Unrechts- und Identitätsmustern („injustice frames“ und „identity frames“) nennen.

den zugrunde liegenden POLITBAROMETER-Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen aus Aktualitätsgründen nicht mehr gestellt wurde (die Asylgesetzgebung war geändert, neue Themen und Fragestellungen wurden interessant⁷). Ich war von daher auf der Suche nach anderen Fragen, die das Kriterium der langen Zeitreihe besser erfüllen könnten. Ideale Indikatoren wie das Verhältnis zu rechtsradikaler, fremdenfeindlicher Gewalt waren leider nicht verfügbar - diese Frage wurde „zu spät“ (nach den Ereignissen) oder nicht mehr (siehe oben) gestellt. Auf der Suche nach Ersatz stieß ich auf das sogenannte Rechts-Links-Kontinuum. Diese Rechts-Links-Skala ist seit Initiierung des POLITBAROMETERs folgendermaßen in die Befragungen integriert:

„Wenn von Politik die Rede ist, hört man immer wieder die Begriffe ‘links’ und ‘rechts’. Wir hätten gerne von Ihnen gewußt, ob sie sich eher links oder eher rechts einstufen.“

Mit dieser Frage wird eine Reaktion auf die Begriffe „links“ und „rechts“ ermittelt - die man jedoch nicht überinterpretieren sollte: Zwar spielen hier wohl auch tatsächliche Verschiebungen aufgrund von Sinnes- oder demographischem Wandel bei den Befragten eine Rolle. Die Antworten dürften aber auch eine direkte Reaktion auf die Mittelbarkeit einer Selbst-Einstufung beispielsweise als „Rechts“ messen. Im Sinne der sozialen Erwünschtheit dürfte beispielsweise in Zeiten von legitimierter rechter Gewalt eher ein Anstieg von solchen Einschätzungen zu vermuten sein, während es in Zeiten einer sich von den Taten distanzierenden Debatte eher zu einer Zurückhaltung bzgl. einer Rechts-Einstufung kommen dürfte.

⁷ Diesem Muster folgt auch die Berichterstattung in den Medien: So ergibt eine Auszählung aller Artikel der Tageszeitung *taz* mit dem Bezug auf das Thema und den Begriff „Asyl“ für das Jahr 1992 einen Höchstwert von 3158 Artikel. Über 2401 Artikel im Jahre 1993, 1709 in 1994 und 1302 in 1995 sinkt die Zahl kontinuierlich auf 987 Artikel im Jahre 1996.

Personen, die
sich als "rechts"
einstufen, in %
Zahl der
Gewalttaten/10

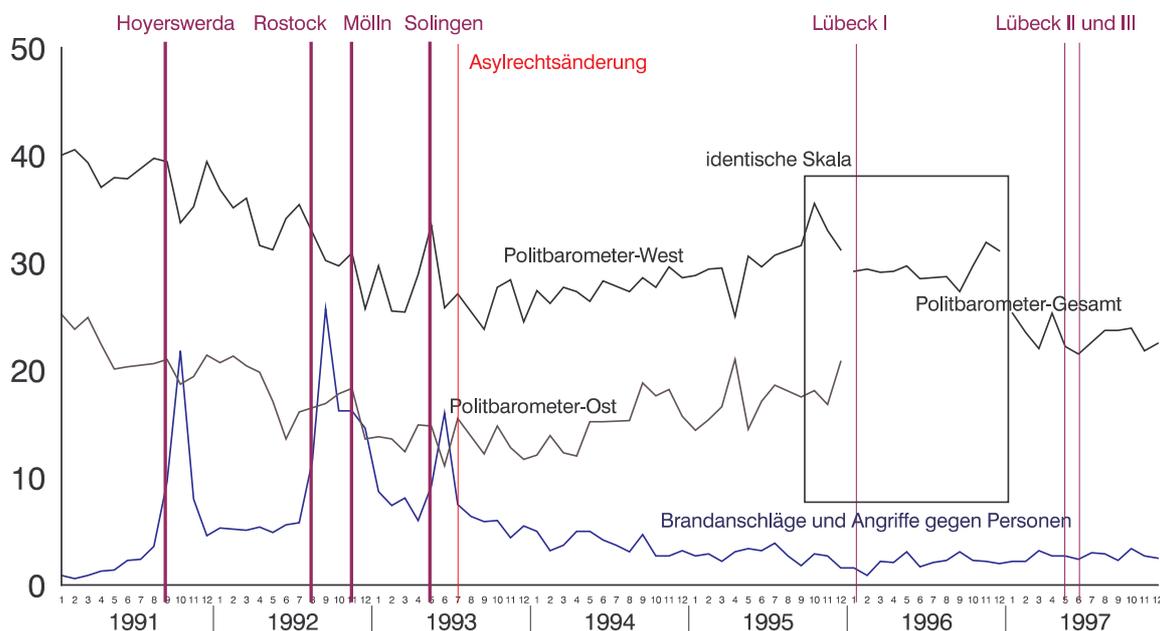


Abbildung 4

Zu den Darstellungen in Abbildung 4 ist anzumerken, daß die Kurven auf unterschiedliche Arten zustande kamen. Zwar handelt es sich bei den Stichproben für die neuen und alten Bundesländer jeweils um repräsentative Stichproben⁸, für die alten Bundesländer erfolgte jedoch traditionell zunächst in Reaktion auf die oben zitierte Frage eine Einteilung in drei Gruppen „(1) eher links (2) Mitte/ weder noch (3) eher rechts“. Anschließend wurde bei denjenigen Personen, die sich als rechts einstufen, noch eine Anschlußfrage gestellt, die eine Einordnung von „1“ („ein wenig rechts“) bis „5“ („sehr rechts“) ermöglichte. Für die sich links einstufenden Personen wurde analog verfahren. Auf diesem Weg wurde insgesamt eine 11-gliedrige Skala erstellt. Bei den Befragungen in den neuen Bundesländern wurde - so weit dies aus den Unterlagen ersichtlich ist - sofort im ersten Schritt um eine Einordnung auf der 11-stufigen Skala gebeten. Für die folgende Darstellung sind für die neuen Bundesländer die Skalen-Stufen 7-11 als „rechts“ zusammengefaßt. Für die Monate September bis Dezember 1995 wurde auch für die neuen Bundesländer ein dem Verfahren in den alten Bundesländern analoges Verfahren verwendet. Zudem wurde ab September 1995 auch im Osten telefonisch befragt, bis zu diesem Zeitpunkt war hier (anders als im Westen) „face-to-face“ befragt worden. Für 1996 und 1997 waren bislang nur für die gesamte Bundesrepublik aggregierte Daten zu erhalten. Im Jahr 1996 wurde offenbar analog zu den letzten Monaten des Jahres 1995 verfahren. 1997 allerdings wurde wieder auf das direkte, 11-stufige Erhebungsverfahren zurückgegriffen.

⁸ Die Daten (und Tabellen), die in diesem Beitrag benutzt werden, wurden vom ZENTRALARCHIV FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG, Universität zu Köln, zugänglich gemacht. Die Daten für das POLITBAROMETER wurden erhoben von der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, und (für einen Teil des Zeitraums) von USUMA, Berlin. Sie wurden vom ZENTRALARCHIV FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG (ZA) für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die vorgenannten Institute noch das ZENTRALARCHIV tragen irgendeine Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

Auf den ersten Blick fällt ein Niveauunterschied zwischen den Daten Ost und West auf: Im Osten stufen sich prozentual weniger Personen als „rechts“ ein, als dies bei der Selbsteinschätzung im Westen tun.⁹ Einen unmittelbaren Effekt der Befragungsart (telefonisch vs. direkt-mündlich¹⁰ sowie die Nutzung unterschiedlicher Antwort-Skalen, vgl. oben) dürfte der Niveauunterschied jedoch nicht darstellen - in den Monaten mit einer gemeinsamen Skala (9-12/1995) ergibt sich die Niveau-Differenz ebenfalls. Deutlich auffällig ist jedoch der parallele Verlauf der beiden „Einstufungslinien“ für Ost und West: Überraschenderweise zeigt sich *kein* Anstieg parallel zu den Ereignissen bis auf die Höhe der Morde von Mölln - um dann einem Abfall der Zustimmungswerte zu folgen (so hätte es die oben vorgestellte These nahegelegt). Vielmehr folgen die Werte in Ost und West seit Anfang der neunziger Jahre erkennbar einem Trend des Zustimmungsabfalls - insgesamt um ca. 10% in Ost wie in West von Anfang 1991 bis zur zweiten Hälfte des Jahres 1993. Ab Ende 1993 steigen jedoch die Werte wiederum allmählich an, um 1995 ein ähnliches Niveau wie Anfang der neunziger Jahre zu erreichen. Für das Jahr 1997 ist ein erneuter Abfall zu verzeichnen. Die Zahl der Gewalttaten und die prozentualen Anteile derjenigen, die sich als „rechts“ einstufen, laufen offenbar geradezu entgegengesetzt, stehen somit in einer inversen Beziehung zueinander.¹¹ Wie läßt sich dieser überraschende Befund näher erläutern bzw. erklären?

Ich habe zu diesem Zweck die Zusammensetzung derjenigen Personen ein wenig genauer analysiert, die sich unmittelbar vor und nach den oben zitierten Schlüsselereig-

⁹ Vielleicht liegt es an der negativen Besetzung des Begriffs „rechts“ unter den zum großen Teil in der ehemaligen DDR sozialisierten Befragten in den neuen Bundesländern. Mit Sicherheit dürften sich bei den Befragten in beiden Teilen des Landes unterschiedliche Wortfelder auftun, wenn man nach den mit „rechts“ assoziierten Begriffen fragt.

¹⁰ Dies ist von besonderer Bedeutung, weil man im direkt-mündlichen Interview eine stärkere Wirksamkeit der sozialen Erwünschtheit erwarten würde: Der Interviewer kann seinen Unmut auch in der Gestik und Mimik zeigen, ist auch einfach - falls eine unangenehme Situation entsteht - noch länger „anwesend“, ihn beispielsweise hinauszuerwerfen könnte schwierig werden. Bei den telefonischen Interviews ist die Gestik und Mimik ausgeschaltet. Auch kann der Angerufene von sich aus, ohne daß der Interviewer etwas dagegen tun könnte, das Gespräch unterbrechen. Soziale Erwünschtheit könnte von daher in den telefonischen Interviews weniger wichtig sein - so eine mögliche Hypothese.

¹¹ Dies drückt sich auch im folgenden aus: Rechnet man für die Jahre 1991 bis 1996 eine Korrelation der Prozentwerte der sich als „rechts“ Einstufenden einerseits und der Gewalttaten andererseits, so ergeben sich Werte von $r=-0.13$ für den Westen (n.s.) und $r= -.39$ ($p<.01$) für den Osten. Eine zeitversetzte Analyse (mit einer Verschiebung jeweils um einen Monat) führt zu keinerlei signifikanten Veränderungen der Korrelationskoeffizienten.

nissen als rechts einstufen. Dafür wurden für die Befragten der alten Bundesländer jeweils die Anteile derjenigen Personen an den „Rechtseinstufern“ ermittelt, die sich auf den Stufen 1 und 2 der fünfteiligen Skala (somit nur „ein wenig rechts“ und eine Stufe mehr) verankerten. Auffällig ist, daß nach den Schlüsselereignissen in drei von vier Fällen ein deutliches Sinken des Anteils der sich nur als ein „ein wenig rechts“ (und eine Stufe mehr) einschätzenden Personen zu verzeichnen ist (z.B. nach Hoyerswerda von 44 auf unter 40%)¹². Man könnte somit folgern: Der Rand zur Mitte hin beginnt nach den Schlüsselereignissen zu bröckeln.

Zusammengefaßt: Anders als bei der oben angeführten Frage nach dem wahrgenommenen Asylmißbrauch sind die Prozentanteile der sich als „rechts“ Einstufenden nach den Ereignissen von Hoyerswerda und Rostock nicht angestiegen - sie fallen vielmehr. Gruppenintern läßt sich dieses Fallen als eine Verschiebung der Struktur der sich als politisch „rechts“ Bezeichnenden hin zu den *stärker* rechts orientierten Befragten erklären. Dieser Trend setzt sich bis zur Änderung der Asylgesetzgebung fort.

Ähnliches läßt sich wiederum nach den Anschlägen gegen die Kirchengebäude in Lübeck im Mai/Juni 1997 beobachten. Auch hier sinkt in der Folge der relative Anteil der „ein wenig Rechten“ unter den insgesamt sich als „rechts“ einstufenden Personen (von 74 auf 70,8 % - die höheren Zahlen erklären sich durch den wiederum geänderten Erhebungsmodus). Die Anteile der sich „rechts“ Einstufenden stagnieren jedoch. Hierfür könnten die wiederum steigenden Zahlen der Gewalttaten gegen Fremde und die Berichterstattung in den Medien verantwortlich sein (vergl. oben). Hierfür spricht u.a. der deutliche inverse Zusammenhang zwischen Gewaltzahlen und dem Anteil der „Rechten“ für den Zeitraum des Jahres 1997 ($r = -.48$, $p < 0.05$).

¹² Dieser Befund läßt sich mit den Analysen der Daten der Forschungsgruppe Wahlen durch Klein und Falter (1996: 292f.) zur Deckung bringen, obgleich diese für die alten Bundesländer aggregiert für die Jahre 1990-1994 nur eine leicht sinkende Zahl von sich „weit rechts“ einschätzenden Personen (äußerster Skalenpunkt) berichten und sogar einen leichten Anstieg für die sich „rechts“ (äußerste drei Skalenpunkte) ausmachen. Um die in diesem Beitrag berichtete fallende Zahl der sich rechts (äußerste fünf Skalenpunkte) einstufenden Personen im selben Zeitraum erklären zu können, kann folgerichtig (und in Übereinstimmung mit den oben berichteten Befunden) von einer Verringerung der zur Mitte hin orientierten „Rechten“ („innere“ zwei Skalenpunkte) ausgegangen werden.

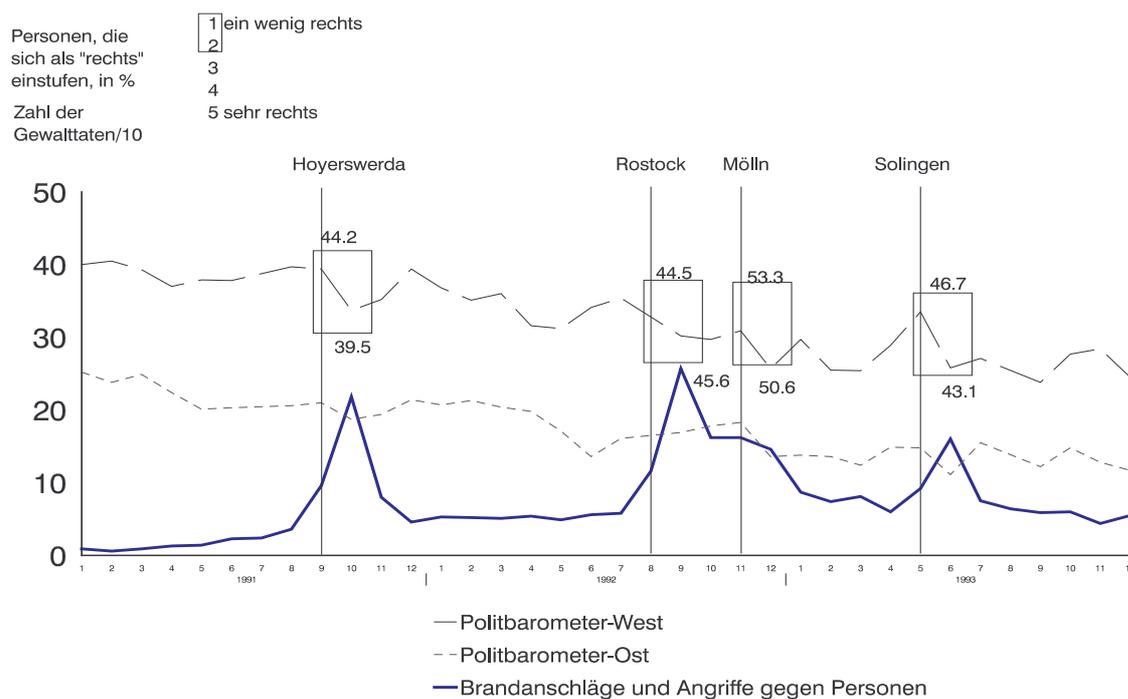


Abbildung 5

Für was steht nunmehr diese Entwicklung? Anders noch als bei der Frage nach dem perzipierten Asylmißbrauch lassen sich die Schlüsselereignisse nicht in zwei Gruppen einteilen (Hoyerwerda/Rostock vs. Mölln/Solingen). Im Fall der Links-Rechts-Selbsteinstufung scheint auch nach den Schlüsselereignissen der ersten Phase ein „Rückzug“ der Rechten hin zur Mitte stattzufinden. Wie kann dies wiederum erklärt werden?

Der Schlüssel zur Erklärung dieses zunächst irritierenden Befundes könnte in einer Beobachtung liegen, die durch die intensive Lektüre von Zeitungen aus dem zweiten Halbjahr 1992 entstanden ist. Einige der Zeitungen - für die BILD-Zeitung in diesem Zeitraum kann ich es mit Bestimmtheit sagen und belegen (vgl. Ohlemacher 1996) - trennen im Zeitraum vor Mölln deutlich zwischen den tatsächlichen Handlungen und der Motivation der Gewalttäter. Die Handlungen als solche werden als nachvollziehbar, sogar in Ansätzen verstehbar geschildert - so lange es keine „rechte Motivation“ ist, die dahinter steht. Offenbar setzt bereits vor Mölln eine deutliche Tendenz ein, die die Gewalthandlungen gegen Ausländer von ihrem potentiell rechtsextremen Motivationsanteil abspaltet - und sich in dieser Hinsicht auch auf die in den kleinen Öffentlichkeiten der Bevölkerungsumfragen mitteilbaren Links-Rechts-Selbsteinstufungen

bemerkbar macht. Erst nach der Änderung der Asylgesetzgebung Mitte 1993 und dem Abflauen der Gewalt scheint es jedoch wieder „leichter“ möglich zu sein, sich als „rechts“ zu bekennen.

Was bleibt?

Im Kern führt diese empirisch angereicherte Spekulation zu den Wechselwirkungen von Massenmedien, sprich veröffentlichter Meinung, *einerseits* und qua Umfrage erhobener Bevölkerungsmeinung *andererseits* in einer Zeit der gewaltförmigen Auseinandersetzung auf den Straßen und erhitzten Debatten in den Medien nochmals zu einer differenzierten Betrachtung der auf diese Art und Weise erhobenen Bevölkerungsmeinung. Die Umfrageergebnisse sind bereits unter dem Einfluß des massenmedialen Diskurses zu bewerten, *bevor* es durch sogenannte Schlüsselereignisse zu reflexartigen Reaktionen in den Medien, auf den Straßen und den Bevölkerungsumfragen gekommen ist. Schon zuvor gibt es Reaktionen auf der Ebene eines Diskurses, der nicht zu einem unmittelbaren Zurückschrecken auf Seiten der Bürger (wie z.B. nach den Morden von Mölln) führt. Es gibt aber etwas wie das präventive, allmähliche Auf-Distanz-Gehen zu spezifischen Aspekten, die nicht mehr als opportun gelten (z.B. nach den ersten prominent berichteten Ausschreitungen gegen Ausländer zu Beginn der neunziger Jahre - bereits vor den Ereignissen von Hoyerswerda und Rostock).

Dies könnte heißen, daß man Umfragergebnissen gegenüber in doppelter Weise skeptisch sein muß. Zum einen stehen sie unter unmittelbarem Eindruck spezifischer Ereignisse (im Sinne einer aktuellen sozialen Erwünschtheit ersten Grades). Zum anderen dürften sie in einer Art Schleier unter dem Eindruck übergeordneter Diskurse stehen (im Sinne einer sozialen Erwünschtheit zweiten Grades). Glynn (1989: 68) hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Relevanz, der Grad der Sanktionen und die Kommunizierbarkeit eines Themas wichtige Randbedingungen für Wahrnehmung und Wirkung sozialer Erwünschtheit sind.

Die soziale Erwünschtheit ersten Grades kann dabei die soziale Erwünschtheit zweiten Grades verstärken (hier konkret: Rostock, Hoyerswerda) - sie kann aber auch

durch Schlüsselereignisse völlig aufgehoben werden (hier: die Asylgesetzgebung). Die soziale Erwünschtheit zweiten Grades dürfte jedoch als eine Art kulturelle Grundierung mit einer größeren Trägheit und Resistenz ausgestattet sein.

Ein „Cave“ zum Ende hin: Wer z.B. das POLITBAROMETER als Fieberthermometer nutzen möchte, sollte wissen, daß die Temperatur nicht den aktuellen Zustand wiedergibt, sondern unter Umständen durch einige kalte Umschläge, die man sich vor dem Besuch des Arztes (mental) verordnet hat, ein wenig gesenkt worden ist. Es ist nicht die „wahre“ Temperatur, aber zumindest die Temperatur, die man auf Nachfrage auch dem Nachbarn mitteilen würde. Und hieraus ergibt sich die spezifische Bedeutsamkeit von Umfragen dieser Art: Die Antworten auf die Nachfragen sind nicht zum Nennwert zu nehmen, benennen aber die Kommunizierbarkeit einer Meinung valide und treffend. Und Kommunizierbarkeit als der Übergang von der latenten zur manifesten Meinung ist eine Voraussetzung für die Mobilisierung auch von Gewalttaten gegen Fremde - sei es im öffentlichen Raum unter Scheinwerferlicht oder aber im Dunkel der Nacht.

Und genau an dieser Stelle läßt sich die besondere Verantwortung der Medien festmachen: Nicht in jedem Kontext, aber in spezifischen Konstellationen sind sie - als Übermittler des Anlasses - der Auslöser fremdenfeindlicher Gewalttaten.

Literatur:

- Anheier, Helmut K., Friedhelm Neidhardt und Wolfgang Vorkamp, 1998: Movement Cycles and the Nazi Party: Activities of the Munich NSDAP 1925-1930. *American Behavioral Scientist* 41: 1263-1282.
- Brosius, Hans Bernd, und Frank Esser, 1995: Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Brosius, Hans Bernd, und Frank Esser, 1996, Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt. S. 204-218 in: Jürgen Falter, Hans-Gerd Jaschke und Jürgen R. Winkler (Hrsg.), *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (PVS-Sonderheft 27)*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Glynn, Carroll J., 1989: Perceptions of Others' Opinion as a Component of Public Opinion. *Social Science Research*. 18: 53-69.
- Jäger, Siegfried, 1997: Die Anstifter der Brandstifter? Zum Anteil der Medien an der Eskalation rassistisch motivierter Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. S. 73-98 in: Bernd Scheffer (Hrsg.) *Medien und Fremdenfeindlichkeit. Alltägliche Paradoxien, Dilemmata, Absurditäten und Zynismen*. Opladen: Leske und Budrich.

- Klein, Markus, und Jürgen Falter, 1996, Die dritte Welle rechtsextremer Wahlerfolge in der Bundesrepublik Deutschland. S. 288-312 in: Jürgen Falter, Hans-Gerd Jaschke und Jürgen R. Winkler (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (PVS-Sonderheft 27). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Koopmans, Ruud, 1996a: Explaining the Rise of Racist and Extreme Right Violence in Western Europe: Grievances or Opportunities? *European Journal of Political Research* 30: 185-216.
- Koopmans, Ruud, 1996b: Asyl. Die Karriere eines politischen Konflikts. S. 167-192 in: Wolfgang van den Daele und Friedhelm Neidhardt (Hrsg.) Kommunikation und Entscheidung. Politische Funktionen öffentlicher Meinungsbildung und diskursiver Verfahren (WZB-Jahrbuch 1996). Berlin: edition sigma.
- Koopmans, Ruud, und Dieter Rucht, 1996: Rechtsradikalismus als soziale Bewegung? S. 265-287 in: Jürgen Falter, Hans-Gerd Jaschke und Jürgen R. Winkler (Hrsg.) Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (PVS-Sonderheft 27) . Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lüdemann, Christian, und Christian Erzberger, 1994: Fremdenfeindliche Gewalt in Deutschland. Zur zeitlichen Entwicklung und Erklärung von Eskalationsprozessen. *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 15: 169-190.
- Luhmann, Niklas, 1996: Die Realität der Massenmedien (2., erw. Auflage). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas, 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt: suhrkamp.
- Neubacher, Frank, 1998: Fremdenfeindliche Brandanschläge. Eine kriminologisch-empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren. Bonn-Bad Godesberg: Forum Verlag.
- Ohlemacher, Thomas, 1994: Public Opinion and Violence against Foreigners in the Reunified Germany. *Zeitschrift für Soziologie* 23: 222-236.
- Ohlemacher, Thomas, 1996: Medien und Gewalt. BILD in der Zeit ausländerfeindlicher Gewalttaten. S. 137-159 in: Hans-Günther Heiland und Christian Lüdemann (Hrsg.), Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Weiß, Ralph, 1994: Rechtsextremismus und vierte Gewalt. *Soziale Welt* 45: 480-504.
- Weiß, Hans-Jürgen et al., 1995: Gewalt von Rechts - (k)ein Fernsehthema? Zur Fernsehberichterstattung über Rechtsextremismus, Ausländer und Asyl in Deutschland. Opladen: Leske und Budrich.